

Brief aus Berlin



Brigitte Zypries
Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 187
www.brigitte-zypries.de

Ausgabe 06/2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir haben in Berlin nun die letzte Sitzungswoche des ersten Halbjahres beendet und freuen uns jetzt auf die parlamentarische Sommerpause! Die letzte Zeit war sicher für die SPD keine leichte, geprägt von vielen Diskussionen und so manchem Störfeuer aus der einen oder anderen Ecke. Viel zu kurz kommt dabei, was wir allein im letzten halben Jahr beschlossen und auf den Weg gebracht haben: Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes, Pflegereform, Ausbildungsbonus für benachteiligte Jugendliche, Rechtsanspruch auf Krippenplatz, Renten erhöht, Klimaschutzpaket beschlossen, Wohngeld erhöht, die Rechte von Kreditnehmern bei Kreditverkäufen gestärkt und vieles mehr. Darüber sollten wir reden!

Die Sommerpause nutze ich wieder, um den Wahlkreis zu Fuß zu erkunden: Vom 9. bis 13. Juli wandere ich - vielleicht auch gemeinsam mit Ihnen?! - auf verschiedenen Tagestouren in und um Darmstadt und freue mich schon sehr darauf! Alle Informationen zu den Strecken und Treffpunkten finden Sie unter www.brigitte-zypries.de.

Wegen der Sommerpause setzt der *Brief aus Berlin* eine Runde aus und erscheint wieder im September.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne und vor allem erholsame Sommerzeit und grüße Sie für heute herzlich aus Berlin!

Ihre

Brigitte Zypries

Inhaltsverzeichnis

Politik für Kinder	2
Ohne Gentechnik	4
Vivien bei Jugend und Parlament	6
Debatte zur Patientenverfügung	8
Wettbewerb „Bester Arbeitgeber 2009“	9
Letzte Nachricht	10

Politik für Kinder Gerechtigkeit von Anfang an

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Art. 6, Abs. 2 GG

Dass Kinder unsere Zukunft sind und unser Land kinderfreundlicher werden sollte, darüber herrscht über die Parteigrenzen hinweg Einigkeit. Ein Gemeinwesen, das seine Kinder fördert, schützt und ernst nimmt, sorgt für eine lebenswerte Gegenwart und sichert die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Noch nie war unser Wohlstand so groß wie heute. Die große Mehrzahl der Kinder hat sehr gute Chancen, sich gesund und mit guter Bildung zu entwickeln. **Mit Sorge müssen wir allerdings feststellen, dass die Chancen eines Kindes auf Bildung, gesunde Entwicklung, Teilhabe und Selbstbestimmung immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen.** Das wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ändern. Unser Ziel sind gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder! Wir wollen eine Gesellschaft gleicher Chancen - unabhängig von der sozialen Herkunft.

Der SPD-Aktionsplan für gleiche Lebenschancen

Das SPD-Präsidium hat vor kurzem einen **Aktionsplan für gleiche Lebenschancen mit zehn Maßnahmen gegen Kinderarmut beschlossen.** Wir wollen auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut unternehmen. Hierzu zählen unter anderem die Schaffung von flächendeckenden Netzwerken auf **kommunaler Ebene**, sprich: **finanzielle und personelle Aufstockung der Jugendämter sowie Modelle für integrierte Prävention.** Außerdem streben wir an, **jedem Kind ein Mittagessen** bereitzustellen - zunächst ermäßigt, auf der Strecke kostenlos. Kindertagesstätten sollen zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden, um die Eltern zu unterstützen und besser mit einzubeziehen.

Auf **Länderebene** wollen wir vor allem die **Betreuungsqualität für die Kinder verbessern.** Hierzu ist mehr und besser ausgebildetes Erziehungspersonal vonnöten, damit sich in kleineren Gruppen individueller um die Kinder gekümmert werden kann.

Eine **gerechtere Gestaltung des Familienleistungsausgleiches und gezielte Investitionen mit mehr finanziellen Mitteln für Familien mit Kindern** stehen für uns auf **Bundesebene** auf der Agenda. Weil **jedes Kind unserer Gesellschaft gleich viel wert sein sollte**, wollen wir **Kindergeld und Kinderfreibeträge so gestalten, dass Geringverdiener nicht länger benachteiligt werden.**

Es ist Ziel sozialdemokratischer Kinder- und Familienpolitik, den Schutz, die Förderung der Entwicklung, die Beteiligung von Kindern sowie kindgerechte Lebensverhältnisse sicher zu stellen. Jedes Mädchen und jeder Junge soll in geschützter Umgebung seine eigenen Potenziale entwickeln und entfalten können.

Was macht einen effektiven Kinderschutz aus?

Auch beim Kinderschutz gilt: **Prävention ist die beste und nachhaltigste Hilfe.** Am Anfang gilt für fast alle Eltern, dass sie ihrem Kind gute Eltern sein wollen. An dieser Bereitschaft müssen Hilfen ansetzen. **Risikofamilien müssen so früh wie möglich identifiziert werden und umfassende Begleitung und Unterstützung erfahren, am besten schon beginnend in der Schwangerschaft. Daneben brauchen wir eine bessere Koordination der Hilfen.** Gefragt sind umfassende Vernetzungen des Gesundheitswesens mit den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Ebenfalls ist für einen funktionierenden Kinderschutz ein abgestuftes System der Förderung, der Unterstützung und der Intervention entscheidend. **Wir brauchen ein Maßnahmenbündel,** das frühe, niedrigschwellige und wohnumfeldbezogene Angebote bereit hält.

In dieser Legislaturperiode haben wir bereits viel für Familien und Kinder erreicht:

Der Deutsche Bundestag hat am 24. April 2008 auf meinen Vorschlag das „**Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls**“ beschlossen. **Kinderschutz und die Vorbeugung von Kindesvernachlässigung und –missbrauch** werden durch früheren gerichtlichen Eingriff weiter verbessert.

Ebenfalls haben wir dieses Jahr erreicht, dass der **Ausbau der Kinderbetreuung weiter voran getrieben und 2013 ein Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren** eingeführt wird. Damit verbessern wir die Bildungschancen unserer Kinder und die Möglichkeiten von Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren.

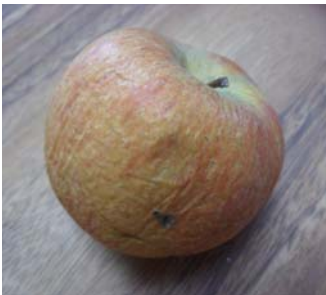
Mit der seit Januar geltenden **Unterhaltsrechtsreform** haben wir den Interessen der Kinder Vorrang gegeben. Die neue gesetzliche Regelung stellt klar: Zuerst kommen die Ansprüche der Kinder, danach kommen die Ansprüche derer, die Kinder betreuen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit der Novellierung des Kindes- und Jugendhilfegesetzes den Schutz von Kindern und Jugendlichen bei Gefährdungen ihres Wohls verbessert.

Diesen eingeschlagenen Weg müssen wir konsequent fortsetzen. Deshalb setzen wir uns unter anderem auch **für Kinderrechte im Grundgesetz** ein, um die Rechtsposition der Kinder deutlich zu stärken und die staatliche Schutzpflicht gegenüber Kindern ausdrücklich in der Verfassung festzuschreiben. **Wir sind überzeugt davon, dass eine kinderfreundliche Gesellschaft eine verfassungsrechtliche Stärkung der Position von Kindern voraussetzt.** Der breite Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger sowie der Öffentlichkeit zeigt, dass wir richtig liegen.

Mehr Transparenz und Verbraucherschutz durch „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung

Zum 1. Mai 2008 ist die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung in Kraft getreten. **Diese Kennzeichnungsregelung für mehr Transparenz und Verbraucherschutz hatte die SPD während der mehr als einjährigen Verhandlungen zur Bedingung für die Novellierung gemacht - und sich letztendlich gegen den Widerstand von CDU/CSU durchgesetzt. Das ist ein toller Erfolg!**



Die Grüne Gentechnik bewegt seit langem die Gemüter: Während zwei Drittel der Verbraucher gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnen, wächst auch die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln stetig an. **Vor diesem Hintergrund hatte das neue Gentechnikgesetz zum Ziel, konventionelle und ökologische Lebensmittelwirtschaft vor Beeinträchtigungen aus dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu schützen. Gleichzeitig sollte aber auch eine verantwortungsvolle Nutzung der Chancen der Gentechnik ermöglicht werden.** Diese beiden Dinge „unter einen Hut“ zu bringen ist das Ziel der Novellierung des Gentechnikrechts.

Neue Kennzeichnungsregelung: Mehr Transparenz und Sicherheit

Besonders wichtig war für uns die neue Kennzeichnungsregelung für Produkte „ohne Gentechnik“: **Erlaubt ist die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ nur unter folgenden Bedingungen:**

- Die Lebensmittel dürfen weder einen gentechnisch veränderten Organismus (GVO) enthalten noch aus diesen oder durch diese hergestellt worden sein.
- Auch Verunreinigungen mit (zugelassenen) gentechnisch veränderten Organismen sind nicht erlaubt bzw. dürfen die Nachweisgrenze von 0,1 Prozent nicht überschreiten.
- Ebenso dürfen den Lebensmitteln grundsätzlich keine Zusatzstoffe bzw. Enzyme zugesetzt worden sein, die mit Hilfe gentechnischer Verfahren gewonnen wurden.
- Außerdem gilt für tierische Produkte (Milch, Eier, Fleisch) zusätzlich die Einschränkung, dass die Tiere nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert worden sind. Einzig erlaubt ist bei Futtermitteln die Zugabe von gentechnisch veränderten Organismen von bis zu 0,9 Prozent und der Zusatz von Enzymen, Zusatzstoffen und Vitaminen. Auch beim Einsatz von Tierarzneimitteln ist es unerheblich, wie diese hergestellt wurden.

Die neuen Regelungen **schaffen mehr Transparenz für die Verbraucher**. Sie sind praxisnah ausgestaltet, so dass sie von den Unternehmen auch angewandt werden können. Die bisher geltenden Regelungen waren dies nicht, sodass in Deutschland bisher kaum Produkte „ohne Gentechnik“ angeboten wurden und der Markt für gentechnikfreie Futtermittel mangels wirtschaftlicher Verwertung bisher praktisch nicht existierte.

Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen verhindern

Es wurden **strenge Vorgaben zur guten fachlichen Praxis beim Anbau und im Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen erlassen**: Mit **Mindestabständen** zwischen gentechnisch veränderten und Gentechnik freien Flächen, **Vorschriften zur Reinigung von Erntemaschinen** und ähnlichem soll eine Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen in der Umwelt verhindert und die **Koexistenz von gentechnisch veränderten Pflanzen mit konventionellem Anbau bzw. ökologischem Anbau gesichert werden**.

Ausnahmsweise kann zwischen Nachbarn auch eine abweichende Vereinbarung hinsichtlich der Abstandsfläche getroffen werden, wenn diese die Rechte Dritter und der Umwelt nicht tangieren. Diese Vereinbarung wird durch einen entsprechenden Eintrag im Standortregister festgehalten.

Gleiche Bedingungen in Europa

In der globalisierten Welt verlieren Regelungen auf nationaler Ebene zunehmend an Bedeutung. Deswegen **haben wir ein Interesse an harmonisierten Bedingungen auf europäischer Ebene**. Dazu zählen eine Reform des Zulassungsverfahrens, die Verbesserung der Kennzeichnungsregeln und die Absicherung der gentechnikfreien Regionen. **Leider ist dies mit der CDU/CSU derzeit wohl nicht zu machen. Wir Sozialdemokraten werden aber nicht locker lassen!**

Vivien bei „Jugend und Parlament“

Planspiel des Bundestages macht Jugendliche zu Abgeordneten

Das Planspiel „Jugend und Parlament“ gibt jungen Menschen jedes Jahr die Möglichkeit, selbst einmal Abgeordneter zu sein. Rund 300 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet kommen nach Berlin und erhalten vier Tage lang hautnah einen Einblick in die Arbeit des Bundestages. Meine Teilnehmerin aus dem Wahlkreis war dieses Jahr Vivien Constanzo. Unser Praktikant Manuel hat Vivien getroffen und ihr einige Fragen zum diesjährigen Planspiel gestellt.

Vivien, wenn Jugendliche heutzutage nach Politik gefragt werden, hört man oft, dass sei zu langweilig oder zu kompliziert - die moderne Jugend geht oftmals lieber in Discos oder trifft sich in ihrer Freizeit auf Partys. Was gab bei Dir den Ausschlag, Dich aktiv bei den Jusos bzw. beim Kreisschülerrat zu engagieren?

Ich war schon früh politisch interessiert. Es macht mir einfach Spaß, aktuelle politische Debatten zu verfolgen, mir eine eigene Meinung zu bilden und diese dann in Diskussionen anderen gegenüber zu vertreten. Und die SPD hat von allen Parteien mit Abstand die größte Schnittmenge mit meinen politischen Vorstellungen, da lag es nicht weit, mich dort zu engagieren. Außerdem sind wir bei den Jusos in Darmstadt-Dieburg ein sehr junger Verband, der viele Aktivitäten, wie zum Beispiel auch Freizeitfahrten hier nach Berlin, durchführt. Das macht alles einfach total viel Spaß.

Und jetzt warst Du ja hier und hast am Planspiel „Jugend und Parlament“ teilgenommen. Was genau passiert bei diesem Planspiel?

Am Planspiel „Jugend und Parlament“ nehmen 308 Jugendliche bis maximal 21 Jahre aus ganz Deutschland teil. Sie werden wie im echten Bundestag prozentual den 5 verschiedenen Fraktionen im Parlament und den jeweiligen Ausschüssen zugeteilt und beraten in diesen über verschiedene Anträge zur Gesetzesänderung. Diese Anträge müssen dann so geändert werden, dass Kompromisse zwischen den Parteien möglich werden. Und am letzten Tag müssen sie dann mit Mehrheiten im Plenum verabschiedet werden.



Klingt ja wie im echten Leben. Wie bist du dazu gekommen, Teilnehmerin zu werden?

Ungefähr die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten darf einen Teilnehmer aus dem jeweiligen Wahlkreis benennen. Welche Abgeordneten das sind, wird gelost. Und weil Brigitte Zypries in diesem Jahr das Losglück wieder treu war, durfte auch sie einen Teilnehmer aus dem Wahlkreis nach Berlin einladen. Und da ich

mich bei den Jusos und im Kreisschülerrat engagiere, hatte auch ich Glück und wurde von ihr benannt.

Du spielst eine Abgeordnete der Arbeiter Partei Deutschlands (APD), dem Pendant zur SPD im realen Leben. Zufall?

Ja, total. Jeder von den 308 Teilnehmern bekommt eine Spiel-Identität zugelost, die er hier während der vier Tage vertreten muss. Dass ich nun ein Profil von einer APD-Abgeordneten bekam, war wirklich Zufall. Obwohl ich sagen muss, dass es mir auch gefallen hätte, mal jemanden von einer anderen Partei zu spielen und somit auch Positionen vertreten zu müssen, die man selbst ja eigentlich gar nicht hat. Aber nun habe ich versucht als APD-Abgeordnete unsere Ziele umzusetzen, damit wir am letzten Tag eine Mehrheit im Parlament bekommen.

Ihr spielt also den gesamten Gang des Gesetzgebungsverfahrens durch. Man hört ja immer wieder, dass dieser zu kompliziert und bürokratisch wäre. Was ist dein Eindruck, jetzt wo du selbst mitmischen darfst?

Ja, von außen bekommt man da echt oft einen komplizierten Eindruck vermittelt. Aber wenn ich jetzt sehe, wie unser fiktiver Antrag selbst diesen Weg geht, muss ich sagen, dass das alles total durchdacht und abgesichert ist. Durch die verschiedenen Instanzen wird der Antrag so lange zurechtgeschliffen, bis er eine Mehrheit findet. Man muss ja auch sehen, dass es nicht allzu leicht und schnell gehen sollte, Gesetze zu machen. Denn wenn ein neues Gesetz für die gesamte Bevölkerung von Deutschland in Kraft tritt, sollten sich die Bürger sicher sein können, dass es genau durchdacht ist.



Was macht dir besonders Spaß, was vielleicht weniger?

Das Highlight ist natürlich, dass wir das alles an den Original-Schauplätzen durchspielen. Dass heißt, dass wir in den echten Fraktions- und Ausschussräumen hier im Reichstagsgebäude und im Paul-Löbe-Haus tagen, und unsere Anträge dann natürlich auch im Plenarsaal im Bundestag debattieren und abstimmen dürfen. Da dürfen wir dann am Rednerpult Reden halten – so wie die Großen, dass hat schon was. Man bekommt super Einblicke hinter die Kulissen.

Nicht ganz so toll gefällt mir persönlich, dass es auch Teilnehmer gibt, die total in ihrer Rolle verkrampfen und auf Biegen und Brechen versuchen im kleinsten Detail noch Diskussionsbedarf zu finden. Dass macht das ganze manchmal ein bisschen zäh – aber Hauptsache das Gesamtkonzept stimmt. Und das tut es.

Debatte zur Patientenverfügung Selbstbestimmung bis zum Lebensende

Das Thema Patientenverfügung diskutieren wir schon seit mehreren Jahren. Auch im Wahlkreis habe ich auf vielen Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern die Frage diskutiert, was eine Patientenverfügung regeln darf. Ganz sicher ist dies ein schwieriges Thema, betrifft es doch die Fragen um Leben und Tod.

Ich bin froh, dass wir in dieser Woche - endlich - im Bundestag den Vorschlag meines Kollegen Joachim Stünker zur gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung beraten haben. Eine Vielzahl von Abgeordneten der SPD, der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN haben sich daran beteiligt. Auch ich unterstütze diesen Gesetzentwurf – als Abgeordnete und als Bundesjustizministerin.

Wir sollten die Patientenverfügung endlich gesetzlich regeln. Es geht um Situationen, die jeden treffen können. Ein Schlaganfall, ein Verkehrsunfall oder eine schwere Krankheit können dazu führen, dass man plötzlich nicht mehr ansprechbar ist. Viele Menschen haben Angst, in solchen Situationen der modernen Apparatedizin hilflos ausgeliefert zu sein. Medizinische Behandlungen darf ein Arzt zwar nur mit Einwilligung des Patienten vornehmen. Aber was ist, wenn er sich nicht mehr äußern kann? Wer entscheidet, was der Kranke will? Nach Schätzungen haben rund 8 Millionen Menschen in Deutschland in einer Patientenverfügung niedergelegt, mit welchen medizinischen Maßnahmen sie in bestimmten Situationen einverstanden sind und mit welchen nicht. **Es bestehen aber viele offene Fragen in diesem Bereich. Unter Ärzten, Betroffenen und selbst den Gerichten besteht noch immer große Unsicherheit. Der Gesetzgeber darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen und muss in diesem überragend wichtigen Lebensbereich endlich Rechtssicherheit schaffen.**

Unser Entwurf sagt klar und eindeutig, dass der Wille des Patienten gilt. Er respektiert, dass Menschen Situationen schwerer Krankheit und des Sterbens gründlich bedenken und dafür vorsorgen wollen. Und er achtet die höchstpersönlich getroffenen Entscheidungen eines Menschen, in bestimmten Krankheitssituationen dem Sterben nichts mehr entgegenzusetzen. Aber auch Schwerkranke, die noch nicht im Sterben liegen, dürfen bestimmte medizinische Maßnahmen ablehnen und müssen keine Zwangsbehandlungen dulden. **Nach unserem Vorschlag gilt die Patientenverfügung deshalb in allen Lebensphasen. Dieser Ansatz ist richtig! Denn das verfassungsrechtlich geschützte Selbstbestimmungsrecht eines Menschen besteht in jeder Lage seines Lebens. Zu keinem Zeitpunkt darf jemand einem anderen seine persönlichen Vorstellungen von Krankheit und Sterben aufzwingen.**

Einige Parlamentarier sehen das anders. Sie wollen sich auch über den ausdrücklichen Willen eines Patienten hinwegsetzen und ihn nur innerhalb bestimmter „Reichweiten“ beachten. Nur wenn die Krankheit einen tödlichen Verlauf genommen hat oder der Patient bewusstlos ist und

das Bewusstsein voraussichtlich nicht wiedererlangen wird, wollen sie einen Verzicht auf lebensverlängernde Behandlungen zulassen. Ihnen geht es also nicht in erster Linie darum, den Willen des Patienten zu ermitteln und zur Geltung zu verschaffen. Es geht vor allem darum, auch einen ausdrücklichen Patientenwillen in vielen Krankheitssituationen kraft Gesetzes für unbeachtlich zu erklären.

Diese Haltung ist nicht nur verfassungsrechtlich problematisch. Sie wäre auch ein erheblicher Rückschritt gegenüber der geltenden Rechtslage. Hinzu kommt, dass die meisten Mediziner es für völlig ausgeschlossen halten, exakt zu prognostizieren, ob ein Krankheitsverlauf unumkehrbar zum Tod führen wird. Mit diesem Ansatz gäbe man der Praxis also Steine statt Brot.

Ich erkenne die Sorge einiger Menschen, die Patientenverfügung könne in Zeiten der Ressourcenknappheit als Mittel der Kostendämpfung im Gesundheitswesen instrumentalisiert werden. Diesen Bedenken müssen wir ein klares Bekenntnis zum Schutz des Lebens entgegensetzen. Das tun wir mit unserer klaren Ablehnung der aktiven Sterbehilfe. Deswegen brauchen wir neben einer gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung einen Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung und des Hospizwesens. **Denn jeder von uns hat ein Recht auf ein Leben ohne Angst und in Würde.**

„Bester Arbeitgeber 2009“ gesucht

Wenn Arbeitgeber attraktive Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiter schaffen, dann zahlt sich das für Unternehmen unmittelbar aus. Denn: **Rund 30% der Unterschiede im wirtschaftlichen Erfolg - so zeigt eine kürzlich veröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales - lassen sich auf "weiche" Faktoren der Unternehmenskultur zurückführen. Gute Arbeitsbedingungen sind also auch betriebswirtschaftlich äußerst sinnvoll!**

Vor diesem Hintergrund bietet die vom Great Place to Work Institute Deutschland nun bereits zum siebten Mal durchgeführte Untersuchung **"Deutschlands Beste Arbeitgeber 2009"** allen Unternehmen mit Standort Deutschland ab 50 Mitarbeitern wieder die Möglichkeit, ihre Qualität und Attraktivität als Arbeitgeber zu überprüfen und zu optimieren. Grundlage der Bewertung sind eine anonyme Befragung der Mitarbeiter sowie eine Bewertung der Programme und Maßnahmen des Unternehmens im Personal- und Führungsbereich. Die 100 besten Unternehmen werden mit dem Gütesiegel "Deutschlands Beste Arbeitgeber" ausgezeichnet. Für Einrichtungen des Gesundheitswesens besteht zudem die Möglichkeit der Teilnahme an der branchenspezifischen Untersuchung "Beste Arbeitgeber im Gesundheitswesen 2009".

Anmeldungen zur Studie und dem Wettbewerb **"Deutschlands Beste Arbeitgeber 2009"** sind bis zum 30. September 2008 möglich. Weitere Informationen finden Sie unter www.greatplacetowork.de. Dort gibt es auch die Liste der besten Arbeitgeber 2008.

Letzte Nachricht: 50 Südhessen in Berlin unterwegs



Vom 24. bis 27. Juni war es soweit: 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis besuchten Berlin und erkundeten die Hauptstadt politisch, historisch und auch kulturell. Auf dem Programm standen Bundestag und Bundesrat, Willy-Brandt-Haus, Jüdisches Museum, Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen, Auswärtiges Amt und vieles mehr. Ein Höhepunkt für die Gruppe war sicher auch, das EM-Halbfinale Deutschland–Türkei in Berlin zu erleben, wo hunderttausende Deutsche und Türken gemeinsam und friedlich ein Fußballfest feierten.

Ich traf die Mitgereisten kurz nach ihrer Ankunft im Paul-Löbe-Haus und wir diskutierten über die Arbeit der Großen Koalition, die Gesetzesprojekte des Justizministeriums und natürlich auch über die aktuelle Situation in der SPD. Wir waren uns einig, dass nicht nur die verschiedenen Stimmen aus der SPD die Diskussion unnötig anheizen, sondern auch die Berichterstattung in der Presse über viele einzelne Meinungen und Kommentare einen nicht unerheblichen Beitrag leistet.

Gelegenheit zum Gespräch in entspannter Atmosphäre gab es auch bei der Spreefahrt am Mittwochabend, wo wir bei Sonnenschein den Blick auf Berlin vom Wasser aus genossen. Viele Fußball-Fans in schwarz-rot-gold winkten uns unterwegs von den Brücken zu und stimmten uns auf das bevorstehende Spiel ein.

Ein besonderes Schmankerl gab es nach dem Anlegen in Charlottenburg: Ein Mitgereister, Herr Strippel aus Seeheim, trug uns allen ein selbstgeschriebenes, sehr unterhaltsames Gedicht vor und hatte mir passend dazu Seeheimer Wein mitgebracht - eine schöne Geste, über die ich mich sehr gefreut habe!

Ein Wort zum *Brief aus Berlin*

Der *Brief aus Berlin* ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den *Brief aus Berlin* an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin